



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2007

Erneuerte Legitimität. Neue Rundfunkräte allein helfen nicht

Jarren, O

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-94508>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Jarren, O (2007). Erneuerte Legitimität. Neue Rundfunkräte allein helfen nicht. *epd medien*, (60):6-11.

lenzwettbewerb. Die besten Ideen und Talente entscheiden über die Auftragsvergabe. Die Duelle werden um die besten Leute in der Branche gefochten. Es gibt einfach nur 15, 20 exzellente Produzenten, das ist im Journalismus ganz genauso. Nehmen Sie Regina Ziegler: die erfolgreichste Degeto-Produzentin überhaupt! Niemand schafft mehr Quote. Ergo: Niemand wird sich von ihr trennen. Ich finde eher spannend, ob die neuen Kooperationen auch zu einem Qualitätswettbewerb führen. Nehmen Sie David Groenewold, der Hofmann & Voges für die Odeon-Gruppe eingekauft hat. Daran sehen Sie: Es geht nur um Talent!

Wir sprachen über das Geld und woher es kommen soll. EU-Kommissarin Viviane Reding hat Ihnen als europäischem Produzenten eine neue Kofinanzierungsquelle eröffnet: legales Product-Placement, um Sie gegenüber den amerikanischen Konkurrenten gleichzustellen. Freuen Sie sich? Bringt das was?

Ich fand Product-Placement nie besonders spannend, auch nicht als Regisseur. Ich habe Projekte erlebt, wo

geplaced wurde, und zwar so drastisch und evident, dass hinterher ganze Szenen wieder rausgeschnitten wurden.

Ich fand das absurd. Man kann nicht Placement betreiben, ohne den Sender mit einzubeziehen, weil man damit in dessen Werbehoheit eingreift. Die Sender, auch die privaten, schauen mittlerweile sehr genau, ob Placements gesetzt sind. Und wenn, müssen sie gemeinsam besprochen werden. Ich bin kein Freund davon – auch wenn man auf die Beträge blickt, die am Ende des Tages übrig bleiben, 25.000 Euro oder weniger. Das lohnt nicht. Und wenn man's richtig dicke machen würde, sagen wir: ein Kosmetikhersteller branded eine ganze Serie durch, das fände ich widerlich. Und das Publikum wohl auch. Viviane Reding kenne und schätze ich. Aber ihre Vorstellung, dass wir Produzenten durch Placement besser gestellt werden, halte ich für ein Gerücht; da sind produzentische Freiheiten im Moment in ganz anderen Bereichen gefährdet. ■

Erneuerte Legitimität

Gremiendebatte (10): Neue Rundfunkräte allein helfen nicht / Von Otfried Jarren

epd Der Gesetzgeber ist gefordert, weil er Anforderungen der EU-Kommission bezüglich der Konkretion und Evaluation des Programmauftrages öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten zu entsprechen hat. Zudem steht ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus, in dem es auch – aber wahrscheinlich nicht nur – um die Gebühren des öffentlichen Rundfunks gehen wird. Lässt man das konkrete Gebührenfestsetzungsverfahren sowie die mögliche Form von Gebühren unter digitalen „Viel-Kanal-Bedingungen“ außer Acht, so wird deutlich: Insgesamt geht es um einige Leitentscheidungen in der bundesdeutschen Rundfunkpolitik. Diese Entscheidungen sind schwierig herbeizuführen, haben Gewicht, und sollten deshalb vor allem bezüglich eines Politikwandels gründlich diskutiert werden.

Der öffentliche Rundfunk, ein Kind der bundesdeutschen Nachkriegszeit, muss für die Zukunft fit gemacht werden, damit er seine institutionelle Legitimität erhalten und neu begründen kann. Unter sich verschärfenden (Medien-)Marktbedingungen sollte der öffentliche Rundfunk im Segment der Qualitätsmedien eine wichtige Rolle spielen können, nicht zuletzt im Hinblick auf die Europäisierungs- und

Transnationalisierungsprozesse mit ihren vielfältigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen.

Medienpolitisch schwieriger Reformprozess

Die vom deutschen Gesetzgeber angestrebte Erhöhung des Einflusses der Rundfunk- bzw. Fernsehräte auf die Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die auf eine Übereinkunft mit der EU-Kommission zurückgeht, ist keine einfache Sache. Sie ist es vor allem dann nicht, wenn man den öffentlichen Rundfunk nicht institutionell gefährden will. Das institutionelle Gefährdungspotenzial des public service ist aber europaweit aufgrund des gesellschaftlichen und medialen Wandels groß. Bei immer mehr „kostenlosen“ Angeboten wird es schwieriger, bei den Bürgerinnen und Bürgern Gebühren einzufordern und diese zu legitimieren. Und wenn durch politische Entscheidungen ausgelöst der Aufsichts- und Kontrollapparat in den öffentlich-rechtlichen Anstalten wächst, so wird das zu Konflikten und in der Folge zu Reputationsverlusten des öffentlichen Rundfunks führen.

Die Probleme von Reformen im öffentlichen Rundfunksektor sind groß: Die vorzunehmenden Veränderungen beispielsweise in der Gremienstruktur können nur von jenen entwickelt und durchgesetzt werden, die zugleich auch – in Form der sogenannten gesellschaftlich relevanten Kräfte – „Gewinner“ oder „Verlierer“ von derartigen Veränderungsprozessen sind. Noch ist der öffentliche Rundfunk in Deutschland zu nah an der Politik, gehört er zum staatsnahen Sektor. Staatsnahe Sektoren – Energieversorgung wie Telekommunikation gehörten auch einmal dazu – werden besonders kritisch von der EU-Kommission wie internationalen Akteuren beäugt. Wenn man einen öffentlichen Rundfunk will, so wird dieser nur als staatsferner, aber stark in der Gesellschaft verankerter und gesamtgesellschaftlich anerkannter institutioneller Bereich langfristig eine Chance haben. Jede Reform, selbst die kleinste Gremienreform, muss dies ins Kalte ziehen.

Während der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Nachkriegszeit gegen deutsche Wünsche und Interessen durch die Alliierten institutionalisiert wurde, ist es nun allein an den deutschen Entscheidungsträgern, eine Zukunft für den öffentlichen Rundfunk zu entwickeln. Dies kann nur auf Basis bestehender Voraussetzungen geschehen, muss aber zugleich im Wissen um die Entwicklung der öffentlichen Kommunikation unter Marktbedingungen im nationalstaatlichen wie auch europäischen Maßstab angegangen werden. Vor der deutschen Medienpolitik steht deshalb keine „kleine“ Reformaufgabe, auch wenn manche Vorschläge sich derzeit noch so anhören, sondern sie ist im hohen Maße zu zukunftsfähigen Leitentscheidungen gefordert.

Warnung vor verstärkter Parteienpolitik

Hilfreich ist, dass es bislang einen soliden Basiskon sens für die Existenz des öffentlichen Rundfunks gibt. In der Tat: Gerade unter den Bedingungen der digitalen Medienwelt, in der vorrangig ökonomisch agiert werden wird, bedarf es verstärkter Bemühungen um die Absicherung und den Ausbau von Qualitätsmedien – und der öffentliche Rundfunk gehört dazu. Aus dem öffentlichen Rundfunk einen zentralen institutionellen Baustein der Qualitätspublizistik zu machen, das ist die Herausforderung für die Medienpolitik. Auch Reformen der Gremien haben diesem Ziel zu dienen.

Reformen, die allein an den Gremien (Rundfunk- bzw. Fernsehrat und Verwaltungsrat oder Intendanz) ansetzen, reichen nicht nur nicht aus, sondern es würden dadurch bestehende Probleme verschärft. Jede Ausweitung der Gremienmacht droht zu einer problematischen oder gar illegitimen Verstärkung (bereits vor-

handener und als dysfunktional zu qualifizierender) politischer – partei-, staats- oder standortpolitischer – Interessen zu werden. Das zumal dann, wenn in weniger oder immer kleiner werdenden oder gar in neuen zusätzlichen Gremien (so zusätzlich zum Verwaltungsrat) wesentliche Entscheidungen nicht öffentlich – aber unter Beisitz der staatlichen Rundfunkaufsicht – fallen. Das wird verfassungspolitische wie legitimatorische Fragen aufwerfen.

Gastbeitrag: Otfried Jarren

epd Das EU-animierte Vorhaben des Gesetzgebers, den Gremien ein verstärktes Mitspracherecht beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk einzuräumen, löst bei unserem Gastautor Otfried Jarren starke Skepsis aus. Der Kommunikationswissenschaftler befürchtet Autonomieverluste für den Rundfunk. Programmentscheidungen drohen noch mehr als bisher von (partei-)politischen Erwartungen überlagert zu werden. Alternativ entwickelt Professor Jarren, Ordinarius für Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich und Direktor des dortigen Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (IPMZ), detaillierte Verfahrensvorschläge für interne Evaluationen der Rundfunkleistungen. Auch macht er den Vorschlag eines „Gebühren-Splittings“, mit dem Gebührenzahler von ihnen geschätzte Programme besonders honorieren könnten (vgl. auch Meldung in dieser Ausgabe). – Jarren war von 1989 bis '97 Professor an der Universität Hamburg und von 1995 bis 2001 Direktor des Hans-Bredow-Instituts ebendort.

Aber nicht nur das: Die in kleinen, senderübergreifenden Exekutivgremien gefassten Entscheidungen würden erwartbar und berechtigterweise Debatten in den Ländern und Regionen auslösen und mittelfristig den öffentlichen Rundfunk als gesellschaftlich anerkanntes und lebensweltlich spezifisch verankertes Qualitätsmedium gefährden. Arkanpolitik und Geheimniskrämerei, den bundesdeutschen Rundfunkgremien bereits heute eigen, passen nicht in die liberale Mediengesellschaft, in der die Übernahme von Selbstverantwortung erwartet wird und in der mehr und mehr Governance-Modelle mit Selbstverpflichtungsaufträgen an Organisationen etabliert werden.

Mit jeder Zentralisierung von Aufsichtsgremien – zumal bei Beibehaltung der bisherigen Landesrundfunkanstalten – würde ein Stück weit der kooperative Förderalismus, der sich zumindest im Kultur- und Medienbereich der Bundesrepublik Deutschland historisch bewährt hat, in Frage gestellt. Es käme durch Zentralisierung verstärkt zu landes- wie standortpoli-

tischen Konflikten bei der Besetzung von Ämtern in diesen zentralen Gremien, zum ständigen Gezänk um Zuständigkeiten und um Personen und damit zu problematischen (weil als parteipolitisch denunzierbaren) Debatten über den öffentlichen Rundfunk. Diese würden die Reputation des öffentlichen Rundfunks belasten.

Erforderlich: ein Mehr an Gesellschaftsnähe

Schließlich ist zu bedenken, dass der öffentliche Rundfunk unter „Viel-Kanal-Bedingungen“ nur dann dauerhaft gesellschaftliche Anerkennung und Akzeptanz erfahren und erhalten kann, wenn er sich weitgehend autonom von (parti-) politischen und ökonomischen Interessen entwickelt. Der öffentliche Rundfunk der Zukunft benötigt mehr Autonomie, als ihm bislang gewährt wurde, wenn er gesellschaftsnäher werden soll. Und er benötigt ein Mehr an Gesellschaftsnähe, wenn er seine Legitimationsbasis erhalten will. Der öffentliche Rundfunk muss sich stärker mit der Zivilgesellschaft institutionell vernetzen und die Ansprüche des Publikums systematischer integrieren.

Die epd-Reihe „Gremienreform“ im Überblick

epd Die bisherigen Beiträge unserer Reihe: Folge 1 (von Marc Jan Eumann/SPD-Medienkommission) erschien in epd 12/07, Folge 2 (von Thomas Kleist/SR-Verwaltungsrat) in epd 25/07, Folge 3 (von MDR-Intendant Udo Reiter) in epd 37/07, Folge 4 (von Staatssekretär Martin Stadelmaier) in epd 41/07, Folge 5 (von Deutschlandradio-Intendant Ernst Elitz) in epd 47/07, Folge 6 (von Grietje Bettin/Die Grünen) in epd 49/07, Folge 7 (von Hans Mathias Kepplinger) in epd 55/07, Folge 8 (von Joachim Huber/„Tagesspiegel“) in epd 56/07 und Folge 9 (von Jürgen Doetz/VPRT) in epd 59/07.

Gegen stärkere Verparteipolisierung

Der Preis für das notwendige Mehr an Autonomie ist: Das Rundfunkmanagement muss professionalisiert, Programmziele wie -programmleistungen müssen intern wie extern kontinuierlich kommuniziert und die Programmleistung muss systematisch evaluiert werden. Nicht die Gremientätigkeit ist auszubauen, wohl aber sind Selbstverpflichtung wie -verantwortung der öffentlichen Rundfunkanstalten zu erhöhen. Und es gehört zur Kernaufgabe der Gremien, dieses zu ermöglichen wie einzufordern und Ziele für das Rund-

funkmanagement wie für die Evaluation vorzugeben und zu diskutieren.

Jede Reform des öffentlichen Rundfunks muss die Pfadabhängigkeit dieses Medienteilsystems mit seinen Institutionen, Organisationen, Gremien und Interessen berücksichtigen. Die politischen Akteure müssen sich auch bewusst sein, dass unter den Bedingungen des kooperativen Föderalismus immer nur geringe Veränderungsmöglichkeiten bestehen. Dies darf aber nicht dazu (ver-)führen, ausschließlich an den bekannten Stellen (Gremien) anzusetzen. Hier ist der Ansatz in der Tat einfach, weil jeder Landesgesetzgeber jederzeit verändern kann, doch reicht eine – auch eine „kleine“ – Gremienreform allein nicht aus. Natürlich liegt es nahe, statt einer großen Gremienform eine kleine zu wählen, so indem – verbunden mit dem Argument der Professionalisierung – neben Rundfunk- und Verwaltungsrat Arbeitsausschüsse oder Kleinstgremien etabliert oder die Funktion der Intendanz neu geregelt werden.

Weniger bzw. kleinere Gremien machen wenig Sinn: Dies würde, zumal bei einer Beibehaltung der vielen eigenständigen Landesrundfunkanstalten, Formen einer Exekutiv- wie Delegationspolitik fördern. Möglicherweise könnte damit zwar ein Gegengewicht zur Position des Intendanten aufgebaut werden, aber es dürfte zur Vermischung von strategischen und operativen Funktionen in den Entscheidungsgremien kommen. Die Position des Rundfunkmanagements würde geschwächt. Zudem wird durch die Reduktion der Zahl an Gremien, durch kleinere Gremien und somit einer geringen Zahl an Repräsentanten, der Grad an Öffentlichkeit noch weiter eingeschränkt.

Dies wäre auch der Fall, wenn statt der jetzt bestehenden Gremien gänzlich neue Entscheidungsinstanzen etabliert würden. Und bei jeder Verkleinerung von Gremien stellen sich Fragen nach der Repräsentation bzw. dem Ausschluss von Interessen. Zudem besteht damit die Gefahr einer stärkeren Verparteipolisierung. Wenn schon Verkleinerung von Gremien, so sollten die zahllosen Staatsvertreter (so wie im ZDF-Fernsehrat) nicht mehr dabei sein können. Aber das ist aufgrund der parti- und landespolitischen Interessen wohl nicht zu erwarten...

Professionalisierung – zu wessen Nutzen?

In der Reformdebatte wird über Möglichkeiten einer Professionalisierung der Medienaufsicht und -kontrolle gesprochen. Professionalisierung würde letztlich bedeuten, dass Personal im Haupt- oder zumindest im Teilamt einzustellen oder entsprechend zu honorieren wäre. Erhöht das die Qualität der Gre-

mientätigkeit? Wohl kaum. Auf alle Fälle kollidieren dann Professions- und gesellschaftliche Vertretungsinteressen. Der Aufbau von professionellen Stäben (Referenten) wäre eine Alternative zur Anstellung von haupt- oder teilamtlichen Gremienvertretern, würde aber letztlich – einmal abgesehen von den Kosten – zur üblichen Patronagebesetzung führen. Und es kommt hinzu, dass aufgrund des Wechsels von Gremienmitgliedern Referentinnen und Referenten nicht auf Dauer eingestellt werden sollten. Und wenn das doch geschieht, so würden diese alsbald zur Anstalt „gehören“ und an Autonomie einbüßen.

Die Verbindung zwischen Gremienmitgliedern und ihren Organisationen, die sie vertreten sollen, vermag durch ein Teil- oder Hauptamt durchaus verbessert werden können. Ein stärkerer Austausch zwischen Gremienmitgliedern und der Gesellschaft, der aber dürfte weiterhin nicht stattfinden, auch weil es an einem Anreiz dafür gänzlich fehlt. Und bei alledem darf nicht übersehen werden, dass weiterhin die Länder ihre (vorrangig rechtliche) Aufsichtsfunktion in den Gremien wahrnehmen werden – und damit würde ein weiterer Apparat neben dem staatlichen existieren.

Professionelle interne Evaluationsstellen nötig

So wenig wie eine Verkleinerung der Gremien überzeugt, so wenig überzeugt es also, wenn noch weitere neue Teilgremien oder größere Stäbe für (leitende) Gremienangehörige geschaffen werden. Die sogenannte Professionalisierung der bisherigen Gremienvertretungen bringt erwartbar wenig, denn schließlich sollen ja in den Gremien keine „Medienexperten“ agieren, sondern Vertreter der Gesellschaft. Und bei der Schaffung von weiteren Stabs- und Referentenstellen sind Selbstbedienungseffekte und Patronageeffekte erwartbar. Die Erhöhung der Ressourcen an diesen Stellen würde eben nicht dazu führen, dass die Programmaufsicht und -kontrolle dauerhaft auf eine professionellere Basis gestellt wird, schlicht weil hier nach Gruppeninteressen ausgewählt und entschieden wird. Der öffentliche Rundfunk sollte vor „Papiertigern“ wie aufgeblähten Apparaten bewahrt werden.

Professionalisierung bei der Programmkontrolle tut Not, muss aber anders institutionalisiert werden: Sinnvoller erscheint es daher, in jeder öffentlichen Rundfunkanstalt eine organisationsinterne, aber den Leitungsorganen der Gremien ausschließlich unterstellte Evaluationsstelle zu etablieren, die für diese Analysen und Evaluationen durchführt und ihnen berichtet. Diese Evaluationsaufgaben sollten öffentlich ausgeschrieben und grundsätzlich auf Zeit an entsprechende Unternehmen vergeben werden. Sie

würden im Auftrag der Gremien arbeiten und wären diesen unterstellt.

Vom Rundfunkmanagement formulierte Ziele (Selbstverpflichtungen) wie von den Gremien definierte Programm- und Leistungsvorgaben (Zielvorgaben) können so auf einer soliden empirischen Basis geprüft und diskutiert werden: Welche Eigenproduktionsquote wurde im Bildungsfernsehen erreicht – und warum ergaben sich Probleme? Mit welchen Effekten wurden Maßnahmen zur Rezipienteninformation umgesetzt? Wie werden Aufgaben in der Chefredaktion bewältigt und welche organisatorischen Alternativen bestehen?

Auch öffentlich kommunizieren

Die Aufgaben der Evaluationsstelle sollten vielfältig sein, so können sie sich auf Organisationseinheiten, auf Arbeitsprozesse oder Programmleistungen beziehen. Auf Basis der Informationen der Evaluationsstelle können rundfunkinterne Diskussionen geführt werden, unter Einbezug von Gremienangehörigen. Die Analysebefunde sollten, mit Ausnahme von organisationsintern als marktrelevant beurteilten und deshalb zu schützenden Daten, veröffentlicht werden. Das Rundfunkmanagement wäre gehalten, Programm-, Produktions- sowie Organisationsziele gegenüber den Gremien und – viel wichtiger – gegenüber der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Diese in Zielvereinbarungen festgelegten oder durch Selbstverpflichtung zustande gekommenen Ziele würden organisationsintern wie –extern diskutiert. Statt einer kleinen oder großen Gremienreform lautet daher der Vorschlag, durch eine neu zu bildende organisationsinterne Evaluationseinheit die Selbststeuerung innerhalb der Rundfunkanstalten zu erhöhen. Und durch die öffentliche Kommunikation von Zielen wie die Publikation von Evaluationsbefunden kann der Diskurs über den öffentlichen Rundfunk institutionalisiert werden.

Gebührensplitting für internen Wettbewerb

Eine einzige Evaluationsstelle für den öffentlichen Rundfunk reicht aber nicht aus. Zentralisierung macht in föderal verfassten politischen Systemen nur dann Sinn, wenn tatsächlich gleiche oder ähnliche Bedingungen existieren oder erreicht werden sollen. Der Kultur- und Medienbereich gehört aber zu jenen Sektoren, in denen Vielfalt und Unterschiedlichkeit angestrebt wird. Diversität und Wettbewerb sind damit zentrale Zielwerte. Deshalb machen zentrale Gremien auf der Aufsicht- wie auch auf der Evaluationsseite für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland wenig Sinn. Dezentralisierung ist, wie

viele Forschungsbefunde zeigen, auch in Bezug auf den Einsatz und die Verwendung von Ressourcen ökonomischer. Das zumal dann, wenn Wettbewerbselemente eingeführt werden, und dies ist beim öffentlichen Rundfunk so sinnvoll wie machbar.

Eine Möglichkeit bestünde darin, den internen Wettbewerb zwischen den Rundfunkanstalten zu erhöhen, so indem ein Anteil der Rundfunkgebühr von den Gebührenzahlern gezielt an einzelne Anstalten gesondert (auf Zeit) gezahlt werden kann. So kann der Rezipient als Fan eines bestimmten Formats, einer Serie, einer Produktion oder gar als Nutzer eines Kanals („Dritte Programme“) Präferenzen zum Ausdruck bringen. Auch wenn die Beträge zunächst eher gering sind und symbolisch erscheinen, so können damit durchaus Anreize gesetzt werden. Dank der Digitalisierung und den damit möglich werdenden Mess- wie Abrechnungssystemen kann dies sogar auf sehr einfache Weise geschehen.

Präferenzen zum Ausdruck zu bringen unter klar definierten institutionellen Bedingungen erlaubt zweierlei: Die Rezipienten können sich entscheiden, entwickeln Bewertungskriterien und es werden damit Qualitätsaspekte relevant. Dadurch orientieren sie sich an bestimmten öffentlichen Anbietern wie Angeboten und es kommt zu spezifischen Formen der Bindung. Die Anbieter wiederum erhalten aus dem Publikum eine direktere Rückmeldung und werden sich stärker daran ausrichten. Angesagt ist also ein Mehr an publizistischem Wettbewerb auch innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems, und zwar um die Gunst der Gebührenzahler.

Ruinöser Wettbewerb?

Über diesen Vorschlag hinaus ist zu prüfen, ob mit der Gebührenzahlung nicht eine Art von Mitgliedschaft begründet wird, so dass zwischen den Rundfunkanstalten den Gebührenzahlern ein Austauschverhältnis existiert. Wie auch immer: Für den öffentlichen Rundfunk mag interner Wettbewerb zunächst ungewohnt sein, und man hört schon die warnenden Stimmen vor einem ruinösen Wettbewerb durch „billige“ oder unterhaltende Angebote. Aber wird dem so sein?

Zum einen würde dann den Rezipienten unterstellt, dass sie keine hinreichenden Entscheidungsfähigkeiten hätten. Zum anderen darf nicht übersehen werden, dass in diesem Modell die Gremien wie auch die Evaluationsstellen auf die Programmleistung einwirken würden. Unbestritten ist, dass Zuhörer- und Zuschauerpräferenzen stärker, aber eben auch differenzierter in den öffentlichen Rundfunkorganisationen

wahrgenommen und verarbeitet werden müssen. Und nicht übersehen werden darf, dass mit den Gremien und dem Management weitere Akteure mit Entscheidungsgewicht und Einfluss an diesem programmlichen Profilbildungsprozess stets Anteil haben. Es geht um einen kollektiven Lernprozess und um die gesellschaftlich-institutionelle Verankerung des öffentlichen Rundfunks – um nicht mehr, aber auch um nicht weniger.

Verstärkte Rechenschaftspflicht

Gerade unter den digitalen Medienmarktbedingungen („Viel-Kanal-Öffentlichkeit“) muss dem Management des öffentlichen Rundfunks ein höheres Maß an Gestaltungsmöglichkeiten, so beispielsweise auch im Online-Sektor, eingeräumt werden. Die Entwicklung von neuen publizistischen Angeboten oder die Einführung von Programmen sollten verstärkt innerhalb der rundfunkinternen Gremien ausgehandelt, dann aber auch öffentlich kommuniziert werden. Quantitative wie qualitative publizistische Zielsetzungen sind transparent zu machen und aktiv mit den Rezipienten wie aber auch anderen Anspruchsgruppen zu besprechen. Es kommt darauf an, Zielsetzungen so zu formulieren, dass sie durch Evaluationen überprüfbar werden. Es würde den internen Evaluationsstellen obliegen, für die nötigen Analysen und Bewertungen zu sorgen.

Neben erweiterten Informations-, Kommunikations- und Evaluationspflichten ist durch die Gremien des öffentlichen Rundfunks dafür Sorge zu tragen, dass Formen des publizistischen Qualitätsmanagements implementiert werden. Hier kann durch entsprechende Regelungen und Zertifizierungen sogar für eine (bundesweite) Vereinheitlichung im Laufe der Zeit gesorgt werden. Es obliegt den Gremien, diese Prozesse anzustoßen und zu steuern.

Fazit

Für die Implementation der genannten Instrumente und für die Diskussion über die Festsetzung wie die Erreichung von Zielen durch das Rundfunkmanagement reichen also die bisherigen Aufsichts- und Kontrollgremien des öffentlichen Rundfunks aus. Dass in diesen Gremien im stärkeren Maße auch Vertreter schwach organisierter Interessen Einsitz nehmen sollten, das ist sicher unbestritten. Bevor aber diese aufwendige Reform angegangen wird, ist ein verstärkter Einbezug der Rezipienten, so durch die Möglichkeit, über einen Teil der Verwendung der Gebührenmittel zu entscheiden, anzustreben. Zudem sollten die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler Mitgliedschaftsrechte erhalten.

Die Entstehung von Rezipientenorganisationen wäre wohl die Folge. Und durch die Pflicht, Programmvorhaben wie -ziele und -leistungen kontinuierlich und öffentlich zu kommunizieren, ist die Herausbildung neuer medienbezogener Akteure zu erwarten. Die fallweise wie auch die systematische Einbeziehung von Rezipienten, Akteuren und Gruppen aus der Zivilgesellschaft – das könnte zum Charakteristikum des modernen öffentlichen Rundfunks werden.

Die bestehenden Gremien reichen also aus, wohl aber sind die Zuständigkeiten und Aufgaben im Kontext der Implementation von internen Evaluationsstellen neu zu definieren. Über eine Reform allein der Gremien aber wird sich der öffentliche Rundfunk nicht erneuern können. Die den öffentlichen Rundfunk prägenden Leitideen müssen vielmehr weiterent-

wickelt werden und auch in Zukunft die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger als Gebührenzahler überzeugen.

Die institutionelle Legitimität des öffentlichen Rundfunks ist dann, auch von der EU-Kommission oder anderen internationalen Akteuren, weniger leicht in Frage zu stellen. Ein dominant staatlich-politisch gesteuerter und durch Gremienbürokratien dominierter öffentlicher Rundfunk hingegen wird zunehmend Legitimationsprobleme bekommen. Es geht bei den anstehenden Reformen also um weitaus mehr als nur um eine von außen aufgezwungene Anpassungsmaßnahme, sondern um die Chance zu einer Neupositionierung des öffentlichen Rundfunks in Deutschland – einer Neu-Positionierung als Qualitätsmedium zwischen Politik, Wirtschaft und dem Publikum. ■

■ INLAND

SPD und CDU: Medienengagements von Finanzinvestoren bald regulieren

Eumann: „Eine Schlüsselbranche“ –
Rüddel: Nicht mehr Soziale Marktwirtschaft

Frankfurt a.M. (epd). **Medienpolitiker von SPD und CDU haben übereinstimmend gefordert, das Wirken internationaler Finanzinvestoren auf dem deutschen Medienmarkt schon bald zu regulieren. Dafür biete der derzeit in Arbeit befindliche 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag Gelegenheit, erklärte der Vorsitzende der SPD-Medienkommission, Marc Jan Eumann, am 27. Juli. In gleichem Sinne hatte der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, Erwin Rüddel, schon am 24. Juli gefordert: „Wir brauchen dringend Reformen, die die Landesmedienanstalten weiter stärken.“**

Mit Blick auf den Gesetzgeber forderte Eumann, der auch medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ist: „Es muss eine absolute Offenlegungspflicht für die Eigentümerstrukturen der Sender geben.“ Für Medienaufsicht und Öffentlichkeit müsse klar sein, „wer tatsächlich über Meinungsmacht im deutschen Fernsehmarkt verfügt“. Die Landesmedienanstalten hätten aber schon jetzt hinreichende Handlungsmöglichkeit für die Sachverhaltsaufklärung, sagte Eumann mit Blick auf § 28 Rundfunkstaatsvertrag (vgl. auch Leitartikel in epd 57/07).

Die Medien seien für die demokratische Gesellschaft „eine Schlüsselbranche“, hob der SPD-Politiker die Bedeutung hervor. Für Investoren, die nicht aus der EU kämen, sollte eine Beteiligungsobergrenze von 25 Prozent bei Medienunternehmen eingeführt werden, schlug der Kommissionsvorsitzende Eumann vor. Weiter regte er an, „Mindestinformationsanteile“ für Fernsehprogramme gesetzlich vorzuschreiben. „Das müssen dann Nachrichten und Informationssendungen und dürfen keine Infotainmentformate oder Do-ku-Soaps sein“, stellte Eumann klar.

Wo Senderfamilien wie ProSiebenSat.1, die mehrheitlich im Besitz von Finanzinvestoren seien, dies möglicherweise nicht selbst leisten wollten, könne die Vielfaltsaufgabe noch stärker als bisher unabhängigen Dritten übertragen werden. „Diese Inhalte wären dann dem Zugriff von Finanzinvestoren entzogen und damit abgesichert.“

Rüddel (CDU) will kein „Steigbügelhalter“ sein

Wie Eumann liegt auch seinem CDU-Kollegen aus Rheinland-Pfalz, Rüddel, die Sicherung der Regionalberichterstattung in privaten Vollprogrammen besonders am Herzen. Diese Angebote dürften nicht zusammengestrichen werden. Mit Blick auf den aktuellen Abbau von Informationssendungen bei Sat.1 erklärte der CDU-Politiker: „Wir dürfen keine Steigbügelhalter dafür sein, dass Renditesteigerungen von 22 auf 30 Prozent ausschließlich auf dem Rücken der Mitarbeiter und der Programmqualität ausgetragen werden. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun.“